

## **A6: Unterstützung der «Volksinitiative für ein modernes Bürgerrecht»**

*Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 18.&19.02.2023 in Bern*

Die JUSO Schweiz unterstützt die «Volksinitiative für ein modernes Bürgerrecht» der Aktion Vierviertel als Teil des Unterstützer\*innenkomitees. Die JUSO übernimmt dabei keine Quote.

**Begründung:** *Rund zwei Millionen Menschen, ein Viertel der Schweizer Bevölkerung, haben keinen Schweizer Pass. Obwohl sie teils seit Jahren oder gar Jahrzehnten hier leben, werden ihnen essenzielle Rechte verwehrt. Die Staatsbürger\*innenschaft umfasst mehr als nur das Stimm- und Wahlrecht: Sie garantiert Aufenthaltssicherheit, schützt vor einer Ausweisung und ermöglicht Reise- und Bewegungsfreiheit. Doch das heutige Einbürgerungsverfahren ist von Willkür und zahlreichen Hürden geprägt.*

*Die Volksinitiative der Aktion Vierviertel fordert einen Paradigmenwechsel im Schweizer Bürger\*innenrecht: Neu sollen ausländische Staatsangehörige einen Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts auf Gesuch hin haben, sofern sie seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz leben; nicht schwerwiegend straffällig sind; die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden; und über elementare mündliche Kenntnisse einer Landessprache verfügen.*

*Natürlich sind diese Kriterien und der neue Prozess noch immer nicht der Inbegriff von Gerechtigkeit. Wir als Sozialist\*innen lehnen grundsätzlich die von Menschen erschaffenen Staatsgrenzen und die dadurch resultierenden Ungleichheiten ab. Doch die Initiative fordert eine massive Verbesserung des Status Quo. Mit objektiveren Kriterien wird die Behördenwillkür unterbunden und es gibt keinen Ermessensspielraum, die Einbürgerung zu verweigern, wenn die Kriterien erfüllt sind. Ausserdem handelt es sich um die erste progressive migrationspolitische Initiative, seit der «Mitenand-Initiative» von 1974. Es ist dringend nötig, dass wir migrationspolitisch nicht nur in der Defensive sind, rassistische SVP-Initiativen abwehren und gegen rechte Narrative ankämpfen. Wie müssen offensiv einen Systemwechsel fordern, Rechte einfordern und einen Diskurswechsel erreichen.*

**Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme.**